

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 6 85 846 ppbn d
Telefax: 21 08 94



Inhalt

Peter Conradi MdB
untersucht die steuer-
rechtliche Seite der Af-
färe Späth.

Seite 1

Klaus Kirschner MdB
bezeichnet Blüm als
Verlierer des Koaliti-
onsschachers.

Seite 2

Dieter Schanz MdB for-
dert zur Unterstützung
der Demokratiebewe-
gung in Bangladesch
auf.

Seite 3

Heinz Putzrat, Vorsit-
zender der Arbeitsge-
meinschaft verfolgter
Sozialdemokraten
(AvS) berichtet über
eine Reise zu Gedenk-
stätten in Ostdeutsch-
land.

Seite 4

46. Jahrgang / 20

29. Januar 1991

Der Fall Späth und das Parteiengesetz

Zur Bedeutung bestimmter Spenden für die Politik

Von Peter Conradi MdB

Die Zuwendungen und Dienstleistungen der baden-württembergischen Industrie an den früheren Ministerpräsidenten Lothar Späth werfen eine Reihe von steuerrechtlichen Fragen auf. Handelt es sich um "betriebsbezogene Ausgaben" (Staatsanwaltschaft Stuttgart), die auf eine wie immer geartete Gegenleistung Späths zielen, dann mußte Späth Einkommensteuer zahlen. Handelt es sich um Geschenke an Lothar Späth, dann war deren Gegenwert schenkungssteuerpflichtig. Ob die Staatsanwaltschaft Stuttgart den Finanzbehörden dazu Kontrollmitteilungen gemacht hat? Man darf gespannt sein, wie die baden-württembergische Finanzverwaltung diese Angelegenheit regelt. Vielleicht sollte der Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags neben dem Verhalten der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Ministerpräsidenten auch das Verhalten der Finanzverwaltung prüfen.

Neben diesen steuerrechtlichen Fragen wirft der Fall Späth auch Fragen zum Parteiengesetz auf. Wiederholt wurde berichtet, daß baden-württembergische Unternehmen dem Ministerpräsidenten mit Firmenflugzeugen beim Transport zu Wahlveranstaltungen behilflich waren. Die Unternehmen habe diese "Fuhr- und Spanndienste" wahrscheinlich unter ihren allgemeinen Betriebsausgaben abgebucht. Tatsächlich handelt es sich dabei um Wahlspenden nach Paragraph 25 Parteiengesetz. Die CDU hat über diese Spenden in ihren Rechenschaftsberichten öffentlich Rechenschaft zu geben (Paragraph 23 Absatz 1). Spenden an eine Partei oder einen ihrer Gebietsverbände, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 20.000 DM übersteigt (seit 1989 40.000 DM) sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen (Paragraph 25 Parteiengesetz). Wenn die Partei Spenden nicht im Rechenschaftsbericht veröffentlicht hat, so verliert sie nach Paragraph 23a Absatz 1 den Anspruch auf Erstattung der Wahlkampfkosten in Höhe des zweifachen des nicht veröffentlichten Betrages.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreisloser Umwelt
mit wertvollem Recycling
Recycling-Papier



Die Benutzung von Firmenflugzeugen ist nicht billig. Der Untersuchungsausschuß wird auch zu prüfen haben, ob hier gegen das Parteiengesetz verstoßen wurde. Würden diese Art von "Spenden" hingenommen, dann könnte die deutsche Wirtschaft die ihr genehmen Politiker und Parteien zukünftig unter Umgehung des Parteiengesetzes durch Sachleistungen jeder Art schmieren, ohne daß das öffentlich bekannt würde.

(-/29.1.1991/rs/ks)

Blüm - Verlierer des Koalitionsschachers

Zur Ausgliederung der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Sozialministerium

Von Klaus Kirschner MdB

Kein Wunder, daß Bundesarbeitsminister Blüm mit Rücktrittsgedanken gespielt hat (Die Welt vom 23. Januar 1991), wobei es dahingestellt ist, wie ernsthaft es gemeint war, ist er doch der große Verlierer des Koalitionsschachers. Einer der wichtigsten Bereiche des Arbeits- und Sozialministeriums, die gesetzliche Krankenversicherung, wird ausgegliedert und dem neugeschaffenen Gesundheitsministerium zugeschlagen. Damit verliert Blüm die Zuständigkeit für einen der wichtigsten Bereiche unserer Sozialversicherung. Er hinterläßt allerdings auch einen Torso, denn das vor zwei Jahren in Kraft getretene sogenannte Gesundheitsreformgesetz (GRG) hat bei weitem nicht das gehalten, was die Überschrift "Gesetz zur Reform des Gesundheitswesens" versprochen hatte.

Es wurde weder ein Neuanfang in der Prävention gewagt- jährliche Gesundheits-Check-up's und Individualprophylaxe beim Zahnarzt sind kein Ersatz für eine krankheitsvorbeugende Gesundheitspolitik -, noch hat das Gesetz Antworten auf die steigende Zahl der ärztlichen und nichtärztlichen Heilberufe und der damit einhergehenden Ausweitung der Leistungsausgaben gegeben. Das "Herzstück der Reform" (Blüm), die Festbetragsregelung bei Arzneimitteln, wird, so wie es aussieht, ebenfalls nur Stückwerk bleiben. Von der Erfassung von 90 Prozent aller Arzneien ist man nun doch weit entfernt, so daß am Schluß alle Beteiligten froh sein werden, wenn sie die 50 Prozent-Marge überschritten haben. Schon heute versucht Blüm einem Mißerfolg vorzubeugen und den Kassen den "Schwarzen Peter" zuzuschieben, indem er diesen vorwirft, nicht alle Möglichkeiten des Gesetzes auszuschöpfen.

Antworten hat das Gesetz aber vor allem auf die dringend notwendige Organisationsreform nicht gegeben: Beitragssatzungsunterschiede von nahezu 100 Prozent bei gleichen, durch den Gesetzgeber festgelegten Leistungsansprüchen sprechen dazu eine deutliche Sprache. Die Beitragssatzungsunterschiede sind bestimmt durch die unterschiedliche Einnahmestruktur, sprich Grundlohnhöhe, sowie ausgabenseitig durch die Leistungserbringerdichte und die Krankenhausstruktur. Das sind alles Einflußgrößen, auf die die einzelne Kasse nur bedingt Einfluß nehmen kann. Die Pflichtkasse AOK als Primärkasse, was die Mitgliederstruktur und damit die Höhe der Einnahmen angeht, überhaupt nicht. Verschärft werden die Defizite dieses Gesetzes

durch die Einheit: unser gegliedertes System - oder soll man sagen "zergliedertes System" - der gesetzlichen Krankenversicherung wird auf die fünf neuen Bundesländer übertragen, ohne daß vorher die notwendige Reform der Kassenorganisationsstruktur durchgeführt wird.

Nicht gelöst hat das Gesetz die Probleme im stationären Sektor - Überkapazitäten und Unwirtschaftlichkeiten durch den tagesebenen pauschalierten Pflegesatz - und ungelöst sind auch die seit Jahren bekannten Mängel in der Rehabilitation.

Eine politische Niederlage mußte Blüm auch jüngst einstecken beim ursprünglich vorgesehenen 55-Prozent-Preisabschlag von West-Arzneimittel bei Lieferung in die neuen fünf Bundesländer, und was die Koalitionsspitzen nun in Punkte Beitragsmehrbelastung der Arbeitnehmer durch die Anhebung des Arbeitslosenbeitrags ausgeheckt haben, spricht auch nicht für den Stellenwert von Norbert Blüm in dieser Koalition.

(-/29.1.1991/rs/ks)

Demokratiebewegung in Bangladesch unterstützen
Zu den bevorstehenden Wahlen in dem südasiatischen Land

Von Dieter Schanz MdB
Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Krieg am Golf ist zur Zeit das Ereignis, welches die Politik am meisten beschäftigt und somit auch die größte Aufmerksamkeit in den Medien erhält.

Wegen dieser Krisensituation sollten andere Regionen dieser Erde aber nicht aus dem Blickwinkel der politischen Aufmerksamkeit verdrängt werden. Vielmehr verdienen gerade in Zeiten wie in diesen jene Kräfte unsere Aufmerksamkeit, die für Demokratie und Menschenrechte kämpfen.

In Bangladesch sollen am 27. Februar 1991 endlich demokratische Wahlen durchgeführt werden. Um dies zu erreichen, bedurfte es eines langen Kampfes, an dem die Bangladesch Awami League unter Leitung von Frau Sheikh Hasina, die mehrfach vom alten Regime in Haft genommen wurde, nicht unwesentlich beteiligt war. Ihr und allen übrigen demokratischen Kräften sollte unsere Sympathie und politische Unterstützung zu Teil werden.

Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf in diesem Sinne tätig zu werden und die Entwicklung in Bangladesch genau zu beobachten.

(-/29. Januar 1991/rs/fr)

Beobachtungen in vier Gedenkstätten der ehemaligen DDR

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Es war eine kleine Gruppe, die sich Ende des Jahres 1990 auf den Weg machte. Ziel war das Zuchthaus Brandenburg und die ehemaligen KZs Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald in der früheren DDR, um sich über den jetzigen Stand zu informieren. Die Anregung kam vom Vorsitzenden der AvS und die Gruppe bestand aus Personen, die als Historiker wissenschaftlich oder praktisch an der Gedenkstättenarbeit interessiert sind.

Auch in diesem Bereich gibt es Sprachbarrieren. So ist es unverständlich, wenn sich die besuchten Institutionen als "Nationale Mahn- und Gedenkstätten" bezeichnen. Auch wenn sich die DDR nicht gescheut hat, früher diffamierte "reaktionäre" Politiker oder Künstler für sich zu reklamieren, so ist - selbst aus marxistischer Sicht - der Begriff Nation für den Teilstaat DDR höchst fragwürdig. Ebenso fällt der viel strapazierte Begriff des Antifaschismus auf, der mal Staatsideologie, mal als Inbegriff des Widerstandes gegen die Nazis und mal als Umschreibung für den Kommunismus gebraucht wird, wie das besonders seit der Wende der Fall ist.

Dies kann kein Bericht über die Situation in den einzelnen besuchten Stätten sein, die selbstverständlich unter verschiedenen Bedingungen entstanden sind und jede für sich ihre eigenen Probleme haben. Gemeinsam sind die unbestimmten Perspektiven der Zukunft. Das beherrschende Thema in allen Unterhaltungen, ob mit den Direktoren oder anderen Mitarbeitern, ist daher zunächst die Frage der Erhaltung der Gedenkstätten. Desto länger die Zeitspanne zwischen dem Ende der Nazi-Diktatur wird, desto notwendiger ist das Fortbestehen aller Gedenkstätten, besonders solcher, die international als unrühmliche Hinterlassenschaft der Nazi-Diktatur gelten. Allein wegen der Zusammensetzung der Häftlinge aus fast allen europäischen Ländern gebietet es die politische Moral, solche Stätten der Erinnerung zur Mahnung für nachkommende Generationen zu erhalten. Dies gilt freilich nur für jene Orte, an denen wirklich in der Nazi-Zeit die Menschen unter grausamsten Bedingungen leben oder sterben mußten. Der Wert von künstlichen Denkmälern dagegen, oft ohne Bezug zur nachvollziehbaren Stätte des Terrors, ist zweifelhaft.

Das Zuchthaus Brandenburg bestand bereits in der Weimarer Republik als Haftanstalt und wurde erst nach Hitlers Machtantritt auch zum Zuchthaus für politische Gefangene. Nicht nur wegen der Vielzahl politisch prominenter Anti-Nazis ist die Brandenburger Gedenkstätte erhaltungswert. Prominente Häftlinge gab es auch in allen anderen Lagern. Doch im alten Hauptgebäude ist noch der ursprünglich benutzte Hinrichtungsraum zu sehen, wodurch man einen anschaulichen Eindruck vermittelt bekommt. In diesem früher als Garage benutzten Raum fanden in den Jahren 1940 bis 1945 etwa 3.000 nachweisbare Hinrichtungen durch das Fallbeil statt.

Ein allgemeiner Eindruck bei den ehemaligen Konzentrationslagern war die museale Gestaltung der Gebäude und des umliegenden Geländes. Dadurch kann die Darstellung der Geschichte des jeweiligen Konzentrations- oder Außenlagers möglicherweise zu kurz kommen. Auch die bisherige Praxis, in jeder Gedenkstätte mindestens eine bildliche Einführung über das Entstehen des Dritten Reiches und ihres Terrorapparates zu geben, verschwendet unnötigen Ausstellungsraum und schränkt die Aufmerksamkeit von der Zielsetzung des Besuches gerade dieses Ortes zwangsläufig ein.

Ravensbrück hat als berüchtigtes Frauenlager ohnehin eine Sonderstellung. Es wirkt wegen des noch vorhandenen Zeilenbaues und einer schlichten, aber umso wirksameren Gestaltung des Umfeldes und des Mahnmales besonders erschütternd. Gegen Ende des Krieges wurde die Ernährung derartig mangelhaft, daß die Todesrate allein durch Unterernährung ständig stieg. Medizinische Experimente, Vernichtung der Toten in den Krematorien, die noch zu sehen sind, wirken in ihrer nüchternen Grausamkeit erschreckend. Ravensbrück befindet sich auf dem von der sowjetischen Armee besetzten Gelände, was eine besondere Aufstellung von Wachen notwendig macht. Wie und wann dieser Zustand geändert werden kann, ist offen.

Buchenwald und Sachsenhausen sind wohl die international bekanntesten Konzentrationslager in der ehemaligen DDR. Beide wurden nach der Befreiung 1945 von den Sowjettruppen weiterhin als Stätten der Unterdrückung Andersdenkender genutzt. Ausgehend von Vereinbarungen der Alliierten bezüglich der Behandlung von Naziverbrechern wurden gleich nach Kriegsende von der Sowjetischen Militär-Administration (SMA) elf sogenannte Speziallager geschaffen, in denen Funktionäre interniert und überprüft wurden. Aber nicht nur echte oder vermeintliche Nazis wurden interniert, sondern alle Andersdenkenden, die es wagten, Kritik an der sowjetischen Politik zu üben. Dabei spielte es keine Rolle, daß es sich in vielen Fällen auch um Menschen handelte, die ihren Kampf gegen das NS-Regime bereits vor 1945 mit Zuchthaus- oder KZ-Aufenthalt erdulden mußten. Eine genaue Zahl der Betroffenen wird kaum zu ermitteln sein, doch ist bekannt, daß im August 1947 die SMA den Gerichten in der Sowjetischen Besatzungszone, also der SED-Justiz, die Aufgabe erteilte, die etwa 65.000 Personen in den Lagern zu entnazifizieren. Selbst bei Auflösung der größten Lager in Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen Anfang 1950 waren es noch 30.000 Internierte, wovon etwa 15.000 entlassen und über 10.000 bereits von sowjetischen Tribunalen, zum Teil in Abwesenheit abgeurteilt waren. Circa 20.000 Häftlinge haben diese Lager nicht überlebt. Buchenwald und Sachsenhausen haben also historisch gesehen eine doppelte Rolle als Erinnerung und Mahnung nicht nur für Nazi-Untaten, sondern auch für kommunistische Verbrechen. Dies muß in Zukunft berücksichtigt werden.

Die Beobachtungen ergeben zusammenfassend:

Die Unsicherheit, ob die Gedenkstätten bestehen bleiben und wer die zukünftigen Träger sein werden, bleibt. Die Kommunen in den neuen Bundesländern haben kein Geld, aber auch den Ländern fehlen die Mittel. Sie sind aber die geeignetsten Träger und müßten mindestens für eine längere Übergangszeit Zuschüsse vom Bund erhalten.

Die jetzige Personalstärke mag in der Vergangenheit vielleicht zu rechtfertigen gewesen sein, weiß durch Jugendweihen und FDJ-Gelöbnisse Besuchszahlen erreicht wurden, die nichts über das wahre Interesse der Besucher aussagen. Im Gegenteil wurde durch den so verordneten Besuch die echte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit eher verdrängt. In Zukunft wird also die Personalstärke auf ein anderes Maß reduziert werden und sich im Laufe der Zeit nach den Erfordernissen richten.

Beklagt wurde das Fehlen von Unterlagen, die teilweise bei Kriegsende von der SS vernichtet wurden, teilweise aber auch in sowjetische Archive nach Moskau wanderten. So wurde in Sachsenhausen berichtet, daß es etwa 1.200 Duplikate gäbe, doch erst im Dezember 1990 eine Delegation der Lagerleitung die Originale in Moskau einsehen könnte. Nicht überzeugend wirkte die relativ große Zahl von Forschern, die sich nicht mit der Geschichte des Lagers, sondern mit allgemeinen Themen befaßt, die zum Bereich des Nationalsozialismus, seiner Unterdrückungsmaschinerie und ähnlichen Fragen gehören und an jeder Universität ebenso behandelt werden können. Wahrscheinlich ist auch die inzwischen erschienene Literatur dazu in den Gremien der Lager noch unbekannt.

Die inhaltliche Ausgestaltung aller Gedenkstätten muß verändert werden. Die Konzentrierung auf Kommunisten als die beinahe alleinigen Kämpfer und Opfer des Widerstandes entspricht nicht der historischen Wahrheit. In der letzten Zeit hat man zögerlich auch die Opfer in die Ausstellungen einbezogen, die von den Nazis ebenfalls verfolgt wurden: die Zigeuner, die Opfer der Zwangssterilisation und anderer medizinischer Experimente, die Homosexuellen und so weiter. Daß es einen Holocaust gab, dem Millionen Juden zum Opfer fielen, nachdem Hunderttausende von ihnen zuvor durch die Konzentrationslager geschleift bis sie schließlich in Osteuropa vernichtet wurden, scheint man erst in den letzten Jahren entdeckt zu haben. Dabei kommt es gelegentlich zu sinnentstellenden Beschriftungen, die Verfolgung und Widerstand gleichsetzen.

Bei der Wahl der Leiter und ihrer Mitarbeiter wird man Kriterien beachten müssen, die von den bisherigen abweichen. War es früher möglich, daß zum Beispiel ein Intendant von der SED zum Direktor einer Gedenkstätte ernannt wurde, so war das unschwer als Parteiaufgabe zu erkennen. Auch jemand, der viele Jahre in der Leitung tätig war, dürfte wahrscheinlich als Repräsentant des alten SED-Regimes angesehen werden. Gefordert werden wird also eine Besetzung dieser politisch und pädagogisch wichtigen Position durch eine Persönlichkeit, die menschlich integer und kompetent in der Sache ist. Dabei wird eine frühere SED-Mitgliedschaft dann eine geringe Rolle spielen, wenn man Lernwilligkeit und Lernfähigkeit voraussetzen kann.

So bleibt für die zukünftigen Gestalter der Gedenkstätten eine ungeheure Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu lösen sein wird, weder aus finanziellen Gründen, noch bevor man sich über die Konzeptionen geeinigt hat. Die Teilnehmer der Informationsreise wollten Eindrücke sammeln und Meinungen hören. Es ging nicht um Befugnisse oder Besserwisseri, auch weil ein einmaliges Gespräch nicht mehr als nur die Umrisse der Problematik behandeln konnte.

Daher sind die hier geschilderten Beobachtungen naturgemäß subjektiv, auch wenn alle Teilnehmer sicherlich gerne bereit sind, ihre Beobachtungen und Kenntnisse aus der Arbeit in der Bundesrepublik an diejenigen weiterzugeben, die es wünschen und die letztlich die nötigen Entscheidungsbefugnisse haben.

(-/29.1.1991/hgs/ks)

Berichtigung

In dem Beitrag "Gedanken mitten im Krieg / Wie könnte der Frieden im Nahen Osten aussehen", der - verfaßt von Freimut Duve - am 22. Januar im SPD-Pressedienst erschien, ist der fünfte Absatz nicht vollständig wiedergegeben. Wir entschuldigen uns bei Autor und Leser. Die betreffende Passage lautet: "Und wie lange dauert dieser Krieg? Es nützt den vielleicht tausenden von Toten in Bagdad wenig, wenn wir ihnen nachrufen, sie sollten sich bei Saddam beklagen, oder wenn wir ihnen die fünftausende kurdischen Gastoten vorrechnen, die Bagdads Truppen vernichtet hatten."